

A 7 Du bist mittendrin – Inklusion

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 19.01.2022
Tagesordnungspunkt: A Du und Dein Leben in Schleswig-Holstein

Text

1 A. 7. Du bist mittendrin – Inklusion

2 „Nicht über uns, ohne uns“, dieses Prinzip leitet unsere Politik grundsätzlich
3 und ganz besonders bei allen Fragen der Inklusion. Unsere Politik soll von
4 Menschen mitbestimmt werden, die direkt von ihr betroffen sind. Auch das
5 konsequente Einbeziehen von Menschen mit Behinderungen in alle relevanten
6 Prozesse auf Landesebene wollen wir in Zukunft selbstverständlich machen. Dafür
7 ist es elementar, zunächst Barrieren der Teilhabe und Mitbestimmung hinsichtlich
8 politischer Prozesse und Themen abzubauen. Dafür werden wir eine Evaluation des
9 Ist-Zustandes vornehmen, Barrieren identifizieren und diese anschließend
10 abbauen. Im Anschluss sollen verbindliche Regeln zur barrierefreien Beteiligung
11 geschaffen werden.

12 Inklusion darf nicht isoliert betrachtet werden, sondern betrifft alle
13 Lebensbereiche. Die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am
14 gesellschaftlichen und politischen Leben ist keine Nebensache, sondern ein
15 Menschenrecht. Daher möchten wir die Belange von Menschen mit Behinderungen als
16 Querschnittsthema in allen Bereichen unserer Politik aufnehmen. Neben den
17 konkreten Forderungen zu speziellen Themen, welche sich in den jeweiligen
18 Kapiteln dieses Wahlprogramms finden, werden wir uns Grundsätze und Maßstäbe für
19 unser politisches Handeln geben. Dabei ist die UN-Behindertenrechtskonvention,
20 die die Grundrechte von Menschen mit Behinderungen beschreibt, wesentliche
21 Grundlage unserer Politik.

22 Wir halten die Fortschreibung des Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-
23 Behindertenrechtskonvention für eine notwendige Maßnahme, um Teilhabe
24 niedrigschwellig und inklusiv zu gestalten. Die partizipative Fortschreibung
25 halten wir dabei für notwendig. Auch die Kommunen möchten wir mittels positiver
26 Anreize zu einer Umsetzung der UN-Konvention ermutigen und sie in den dafür
27 notwendigen Prozessen unterstützen. Wir wollen das
28 Landesbehindertengleichstellungsgesetz weiterentwickeln und seine Umsetzung
29 vorantreiben. Außerdem werden wir die barrierefreie Digitalisierung
30 vorantreiben, um dem Ziel des barrierefreien Zugangs und damit der digitalen
31 Teilhabe für alle näherzukommen. Die Anerkennung des Rechts auf lebenslanges und
32 gemeinsames Lernen ist ein weiterer, wichtiger Schritt.

33 Das derzeitige System der Behindertenwerkstätten in Deutschland ist zuletzt
34 vielfach kritisiert worden. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen, die zurzeit
35 in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen arbeiten, verstärkt Chancen auf
36 einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt erhalten. Wir möchten Menschen darin
37 bestärken, ihre individuellen Fähigkeiten zu entdecken und ihnen die Chance
38 geben, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Um jede*m eine individuelle
39 Entscheidung zu ermöglichen, werden wir einen vereinfachten Zugang zum ersten

40 Arbeitsmarkt fördern, und dies bei fairen Löhnen. Das Land als Arbeitgeber wird
41 dabei als Vorbild fungieren.

42 Unser Ziel ist es, dass Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen Teil
43 einer inklusiven Gesellschaft sind. Dafür müssen wir Barrieren im alltäglichen
44 wie privaten Bereich abbauen.

45 Außerdem setzen wir uns im medizinischen und pflegerischen Bereich dafür ein,
46 verstärkt für den Umgang mit Menschen mit Behinderungen zu sensibilisieren. Die
47 zuständigen Gremien der Selbstverwaltung von Menschen mit Behinderung sollen
48 stärker in die Strukturierung der Aus-, Weiter- und Fortbildung des
49 medizinischen Personals integriert werden.

50 Die Änderung des Bundesteilhabegesetzes erfordert auf Landesebene verschiedene
51 Maßnahmen. Dazu gehört unter anderem die Weiterentwicklung des Betreuungswesens
52 und die Überarbeitung des Selbstbestimmungsstärkungsgesetzes. Wir erwarten von
53 den Trägern der jeweiligen Einrichtungen, dass sie den neuen Rahmen nutzen und
54 eine Frauenbeauftragte und einen Wohnbeirat mit eigenem Budget ausstatten.

55 Außerdem wollen wir die Beratung zur Inanspruchnahme von Leistungen
56 unbürokratischer und kompetenter machen. Insbesondere die
57 Unterstützungsmöglichkeiten für Frauen mit Behinderung sollen in Zuge dessen
58 ausgebaut werden.

59 Der Schutz von Minderheiten ist uns schon immer ein großes Anliegen. Wir setzen
60 uns dafür ein, dass auch die Gebärdensprache als Minderheitensprache anerkannt
61 wird, um ihren Schutz und Erhalt angemessen fördern zu können.